NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des

Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Brakel am 25.01.2001 in Brakel, Sitzungssaal der "Alte Waage"

Beginn: **18.00 Uhr**

Ende: **21.30 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bürgermeister Spieker** die Ratsmitglieder:

CDU	Allerkamp, Franz-Hermann Beyermann, Elisabeth Gerdes, Ferdinand Krömeke, Johannes Lange, Heinz Lohre, Helmut Waldeyer, Peter Wulff, Michael	SPD	Aßmann, Peter bis TOP 8a Kruse, Johannes Multhaupt, Hans-Jürgen
		UWG/CWG	Gönnewicht, Erwin Wintermeyer, Paul
		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schulte, Meinolf

Als beratende Mitglieder in Schulangelegenheiten nehmen teil:

Gemeindereferentin Anne Frank bis TOP 7
Pfarrer Volker Walle *als Verhinderungsvertreter* bis TOP 3
Realschuldirektor Hans Kreuzburg bis TOP 4

Mitglieder des Bezirksausschusses Brakel

Es fehlen Herr Günter Wamser und sein Verhinderungsvertreter Heinrich Kluge **zu TOP 1**

Von der Verwaltung nehmen teil:

StVR Hermann Temme
StAR Dieter Güthoff
V.-ang. Winfried Gawandtka
StHS Ulrike Kröger

Als Gäste nehmen teil:

Hermann Krameyer (Vorsitzender des Deutschen Schaustellerbundes) **zu TOP 1**
Theo Rosenzweig (Schaustellerverein Herford)
Peter Schneider (Schaustellerverein Bielefeld)
Horst Kohrt (Schaustellerverein Bielefeld)
H.-J. Tacke (Schaustellerverein Bielefeld)

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer und Zuhörer und **stellt die Beschlussfähigkeit** fest.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

A) Öffentliche Sitzung

1. Festlegung der Standgelder (Annentag, Frühlingskirmes, Nikolausmarkt) für die Jahre 2001-2005

Drucksache Nr.: 70

Berichterstätter: Vorsitzender des Dt. Schaustellerbundes Hermann Krameyer

Ratsherr **Lange** erklärt sich vor Eintritt in die Verhandlung gegenüber dem Bürgermeister gem. § 31 GO NRW i.V.m. § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Brakel für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teil.

Der Vorsitzende des Deutschen Schaustellerbundes, **Hermann Krameyer**, bedankt sich für die Einladung und weist in seinem anschließenden Vortrag darauf hin, welche gravierenden Auswirkungen die steigenden Standgelder für das Schaustellergeschäft haben. Er bittet die Mitglieder des Bezirksausschusses Brakel und des Haupt- und Finanzausschusses bei ihrer Beschlussfassung zu bedenken, dass derartige Kostenerhöhungen nicht mehr durch die Eintrittspreise aufgefangen werden können. Er appelliert daher an die Ausschussmitglieder, Überlegungen dahingehend zu treffen, die Standgelder auf dem jetzigen Stand einzufrieren oder gar zu senken.

Bürgermeister **Spieler** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Standgelder seit 1997 nicht mehr erhöht wurden und der im letzten Jahr erhobene „Mileniums-Zuschlag“ wie bereits vorab angekündigt, einmalig im Jahr 2000 erhoben wurde. Zu der Anmerkung des Ratsherrn **Schulte**, dass bei den bisherigen Schaustellerversammlungen aus Anlass des Annentages keine Standgeldkritik seitens der Betroffenen angebracht wurde, äußert sich Herr **Krameyer** dahingehend, dass die Schausteller ihre Kritik aufgrund von Existenzängsten nicht frei zum Ausdruck bringen.

Ratsherr **Wulff** bemängelt die bislang gemachten Erfahrungen, dass im Anschluss an die jährlichen Beratungen in den Ausschüssen bzgl. der Standplatzvergabe die meisten Fahrgeschäfte bei Vertragsübersendung bereits nicht mehr interessiert waren. Herr **Krameyer** entgegnet, dass direkt im Anschluss an die Beratungen und Entscheidungsfindung eine kurze telefonische Mitteilung an die entsprechenden Fahrgeschäfte gegeben werden sollte, so dass diese möglicherweise noch nicht anderweitig vertragsgebunden sind.

Ratsherr **Abmann** regt an, die Diskussion mit den Schaustellern an dieser Stelle zu beenden, um nun zu einer Entscheidung zu gelangen.

Ratsherr **Lohre** ist der Meinung, die Standgelder für einige Bereiche eher noch zu senken, da gerade im Bereich der Imbissstände bedingt durch die BSE-Krise Rückläufe und daher Mehrbelastungen für die einzelnen Betreiber zu erwarten sind. In diesem Zusammenhang entgegnet Ratsherr **Abmann**, dass unter Beibehaltung der jetzigen Standgeldtarife auf einer Zeitspanne von 5 Jahren gerechnet bei der allgemeinen Preisentwicklung auch eine Kostensenkung erreicht wird. Auf Anraten des Ratsherrn **Schulte** sollten im Bereich der großen Fahrgeschäfte in jedem Fall Standgeldsenkungen vorgenommen werden, um neue Attraktionen nach Brakel holen zu können.

Bürgermeister **Spieler** erklärt anschließend auf Anfrage des Ratsherrn **Lohre**, dass die vorgeschlagene 5-Jahreslaufzeit der Verträge auch verkürzt werden kann.

Beschluss Bezirksausschuss Brakel:

Der **Bezirksausschuss Brakel** beschließt als Beschlussempfehlung mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich**, die nachfolgend dargestellten Standgeldtarife für die städtischen Kirmessen für die Jahre 2001-2003:

Beschluss Haupt- u. Finanzausschuss:

Der **Haupt- u. Finanzausschuss** beschließt mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich** als Beschlussempfehlung für den Rat, die nachfolgend dargestellten Standgeldtarife für die städtischen Kirmessen für die Jahre 2001-2003:

Geschäftsart	Standgeld DM bis 2000	Standgeld DM bis 2001	Standgeld € 2002/2003
Titel 1: Fahr- u. Schaugeschäfte			
a) Neuheiten Attraktionen	1.800,00	1.500,00	767,00
b) Normale Geschäfte			
ba) Autoscooter, Go-Kart-Bahnen ect.	1.700,00	1.400,00	716,00
bb) Riesenrad, Musikexpress, Kettenkar. ect.	1.600,00	1.300,00	665,00
c) Kinderfahrgeschäfte über 10 m Ø	1.000,00	800,00	409,00
Kinderfahrgeschäfte unter 10 m Ø		600,00	307,00
d) Schaugeschäfte (ohne Beförderung)	840,00	600,00	307,00
Titel 6: Ausschankbetriebe			
a) Ausschank für Viehmarkt	800,00	1.000,00	511,00
b) Ausschank Annentagsgelände	1.500,00	1.800,00	920,00
c) Reisende Gastronomie (Imbiss+Ausschank)	2.000,00	2.500,00	1.278,00
d) Festzelte	3.000,00		
Festzelte pro qm Grundfläche		8,00	4,00
e) Zuschlag für Sitzgelegenheiten direkt am Geschäft	250,00	300,00	153,00
Titel 7: Verkaufsgeschäfte (ambulanter u. ortsansässiger Handel)			
a) bis 5 m Frontbreite	125,00		
b) bis 8 m Frontbreite	145,00		
c) bis 10 m Frontbreite	170,00		
d) bis 12 m Frontbreite	190,00		
e) bis 15 m Frontbreite	210,00		
f) bis 20 m Frontbreite	230,00		
lfd. Meter Frontbreite		20,00	10,00
mindestens jedoch		120,00	61,00

Für die Titel 2, 3, 4, 5 und 8 wird der Standgeldtarif aus dem Jahr 2000 für die Jahre 2001 – 2003 zugrunde gelegt.

2. Verpflichtung der beratenden Vertreter der Kirchen und Schulen in Schulangelegenheiten im Haupt- u. Finanzausschuss

Drucksache Nr.:

Berichterstatter: Bürgermeister

Die ordentlichen beratenden Mitglieder in Schulangelegenheiten im Haupt- u. Finanzausschuss **Anne Frank** und **Hans Kreuzburg** und das stellvertretende Mitglied **Pfarrer Volker Walle** werden von Bürgermeister **Spieker** durch Nachsprechen der „Eidesformel“ verpflichtet und in das Amt eingeführt.

3. Antrag der SPD-Fraktion

⇒ Förderung des Aktionsprogrammes des Kreissportbundes Höxter „Kinder in Bewegung“

Drucksache Nr.: 71

Berichterstatter: Ratsherr Aßmann

Ratsherr **Aßmann** führt in seiner Sachverhaltsdarstellung aus, dass er eine derartige Initiative zur Förderung der Kinder und unter Anleitung des entsprechenden Fachpersonals für äußerst wichtig hält.

Ratsherr **Lohre** sieht hier keinen Handlungsbedarf, da eine solche Förderung bereits durch die ansässigen Sportvereine angeboten wird. Ratsherr **Aßmann** gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass in der heutigen Zeit sehr viele Kinder an Übergewicht leiden und nicht aus Eigeninitiative die Sportvereine aufsuchen. Das Interesse der Kinder für den Sport sollte durch dieses Programm geweckt werden, so dass dieses anschließend auch den Sportvereinen zugute kommt.

StVR **Temme** stellt in diesem Zusammenhang klar, dass es sich bei dem o.g. Förderungsprogramm nicht um eine Initiative des Kreissportbundes Höxter, sondern vielmehr um ein bereits seit Anfang der 90er Jahre existierendes „Wohlfühlprogramm“ der AOK und der Weserberglandklinik handelt. Eine Anfrage bei der AOK ergab, dass dieses Programm über Bezirksregierungsebene mehr in den Regionen bekanntgemacht werden soll.

Bürgermeister **Spieker** stellt anschließend den Antrag, die Kindergärten mit dem Hinweis auf das AOK-Programm anzuschreiben und eine entsprechende Teilnahmeempfehlung auszusprechen.

Ratsherr **Aßmann** hält seinen Beschlussvorschlag: *„Die Verwaltung wird beauftragt, die Aktion des Kreissportbundes zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass alle Kindergärten im Stadtgebiet das Aktionsprogramm gemeinsam mit dem Kreissportbund durchführen. Dies soll in einem ersten Schritt durch entsprechende Fortbildung geschehen. Später ist eine langfristige Kooperation zwischen den Kindergärten – später auch mit den Schulen und Sportvereinen vor Ort aufzubauen. Der Auftakt dazu soll ein Gespräch mit den Vertretern der Kindergärten, der Grundschulen, der Sportvereine und des Kreissportbundes auf Einladung des Bürgermeisters sein.“* aufrecht.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss spricht sich mit 5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen **mehrheitlich gegen** den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion aus.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt anschließend mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat dem Antrag des Bürgermeisters zu:

„Die Kindergärten werden von der Verwaltung mit dem Hinweis auf das AOK-Programm und einer entsprechenden Teilnahmeempfehlung angeschrieben.“

4. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit Anlagen der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2001

Drucksache Nr.:

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** geht in seiner Berichterstattung auf den am 13.12.2000 im Rat eingebrachten Entwurf der Haushaltssatzung 2001 ein. Er spricht hierbei insbesondere die durch die Landespolitik (Unternehmenssteuerreform 2001) hervorgerufenen Einbußen der Gemeinde an der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen und die so notwendig gewordene Rücklagenentnahme i.H.v. 1,2 Mio. DM an.

Ratsherr **Lohre** erklärt, dass seitens der CDU-Fraktion keine Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2001 gestellt werden.

Nachfolgend stellen die Fraktionsvorsitzenden von SPD, UWG/CWG und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2001, über die wie folgt entschieden wird:

1. SPD-Fraktion – Antragsteller Ratsherr Aßmann

1.1 Es sollte eine neue Sitzreihe im Physikraum der Annette-von-Droste-Hülshoff Realschule unter der Haushaltsstelle 2200.9350 beschafft werden und der Parkplatzausbau Freibad sollte zunächst zurückgestellt werden.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

1.2 Die vorgesehene Veranschlagung des Ehrenamtes mit 7.000,00 DM ist nach Auffassung der Fraktion im Haushaltsplanentwurf nicht ausgewiesen worden.

Nach Darstellung des StAR **Güthoff**, dass diese Mittel unter der Haushaltsstelle 5500.7171 „Ehrung von Sportlern und Ehrenamt“ wiederzufinden sind, zieht Ratsherr **Aßmann** den Antrag seitens der SPD-Fraktion zurück.

1.3 Im Bereich der Straße „Am Hembser Berg“ – (Weg zwischen der Rektoratschule und dem Nethegaustadion) sollten 5.000,00 DM für Ausbesserungsmaßnahmen vorgesehen werden.

StBOAR **Rode** teilt mit, dass diese Mittel im Jahr 2001 vorgesehen sind, so dass Ratsherr **Aßmann** den Antrag seitens der SPD-Fraktion zurückzieht.

1.4 Die Fraktion sieht im Bereich des Gebührenhaushaltes „Müll“, der auf 2 Jahre kostendeckend angelegt ist die Problematik, dass evtl. erzielte Überschüsse nicht an den Gebührenzahler, sondern ab dem Jahre 2002 an den Kreis Höxter fließen.

Bürgermeister **Spieker** weist in diesem Zusammenhang auf die gesetzliche Vorgabe hin, dass den Gebührenzahlern die Gebührenüberschüsse in jedem Fall wieder zukommen und sagt eine Klärung der Angelegenheit zur Ratssitzung am 01.02.2001 zu. Der Antrag der SPD-Fraktion wird zunächst zurückgestellt.

2. UWG/CWG-Fraktion – Antragsteller Ratsherr Wintermeyer

Ratsherr **Wintermeyer** merkt zum Haushaltsplanentwurf 2001 an, dass seiner Meinung nach nur noch in die Rad- und Fußwege und nicht mehr in die Wirtschaftswege ausreichend investiert wird.

StBOAR **Rode** entgegnet, dass vorrangig in die Rad- und Hauptwirtschaftswege investiert wird, da bei den übrigen Wirtschaftswegen kaum Schäden zu verzeichnen sind.

- 2.1 „Höhere Investitionen, die im Investitionsprogramm ausgewiesen sind, sollten zunächst zurückstehen und diese Mittel in die Rücklage – Turnhalle Klöckerstraße eingebracht werden.

Nach einer kurzen Diskussionsrunde, läßt Ratsherr Wintermeyer den Antrag seitens der UWG/CWG-Fraktion fallen und bittet darum, den Antrag als **Anmerkung** in die Niederschrift aufzunehmen.

3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN– Antragsteller Ratsherr Schulte

- 3.1 Die unter der Haushaltsstelle 0000.4000 veranschlagte Vergütung der Schiedsmänner i.H.v. jährlich 50,00 DM sollte um 100 % auf 100,00 DM jährlich erhöht werden.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **abgelehnt**.

- 3.2 Die Neuheiten im Hallenbad Brakel (Dampfbad pp.) sind in der Bevölkerung noch nicht so bekannt, es sollte eine entsprechende Informationsbeilage zu den kommunalen Abgabebescheiden gelegt werden.

Aufgrund des Hinweises durch Bürgermeister **Spieker**, dass eine derartige Information im Amtsblatt der Stadt Brakel „Brakel extra“ veranlasst wird, läßt Ratsherr **Schulte** seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag fallen.

- 3.3 Die „gestrichenen“ Mittel i.H.v. 30.000,00 DM für das Energiesparkonzept - Hallenbad Brakel sollten wieder aufgenommen werden.

StBOAR **Rode** nimmt Stellung, dass bereits weitere Energieeinsparungsmaßnahmen angedacht werden, die GUE wird Überprüfungen vornehmen. Für alle städtischen Gebäude ist ein Finanzvolumen von ca. 55.000 DM für Energieeinsparmaßnahmen vorgesehen, weitere Haushaltsmittel können derzeit nicht bereitgestellt werden.

Ratsherr **Schulte** zieht anschließend seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag zurück.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat anschließend vor, den Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2001 zu beschließen.

5. Mögliche Auflösung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft OWL

Drucksache Nr.: 72

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** stellt dar, dass die Kommunale Arbeitsgemeinschaft OWL (KAG) ihre Daseinsberechtigung verloren hat, da ab dem 01. Januar 2001 auf Bezirksebene ein Regionalbeirat eingerichtet wird, der kraft Gesetzes erweiterte Aufgaben wahrnimmt, die bislang von der KAG wahrgenommen wurden. Aufgaben, die nicht in die Zuständigkeitsbereich des Regionalbeirates fallen, wird künftig die OWL Marketing erledigen.

Ratsherr **Abmann** äußert seine Bedenken, dass bei dem künftigen Regionalbeirat die Mitwirkung der Kommunen verloren geht, da nicht wie bislang 69 Vertreter der Gemeinden, sondern lediglich 1 Person kreisweit dem Gremium angehört.

Beschluss :

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen **mehrheitlich** als Beschlussempfehlung für den Rat: "Aufgrund der im Sachverhalt dargestellten Gründe wird der Auflösung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft OWL zugestimmt."

6. Einziehung einer öffentlichen Wegefläche in der Straße „Heilige Seele“

Drucksache Nr.: 73

Berichterstatter: StVR Temme

Beschluss :

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig**, den in der Verwaltung vorliegenden Einspruch des Betroffenen zurückzuweisen, da die dort gemachten Einwendungen nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmen. Das eingeleitete Wegeeinziehungsverfahren wird ordnungsgemäß zum Abschluss gebracht.

7. Bekanntgaben der Verwaltung

Berichterstatter: Bürgermeister

Sonderverkehre zum Annentag 2000

⇒ Verwendungsnachweis

Bereits zum 6. mal fand die Sonderaktion im ÖPNV „Mit Bus und Bahn zum Annentag“ statt. Beim Einsatz der Sonderbusse konnte eine Beförderungssteigerung von 89,7 % verzeichnet werden.

Nutzten in 1999 noch 3.225 Personen das Angebot der Sonderbusse, so waren es in 2000 schon 6.118 Personen.

Ein besonderes Fahrpreisangebot machte es den Fahrgästen möglich, an dem gesamten Wochenende mit der normalen Hinfahrkarte kostenlos zurückzufahren, so dass eine Beförderung zum halben Preis ermöglicht wurde.

Den Gesamtausgaben dieser Sonderaktion i.H.v. 31.287,61 DM stehen die Zuwendungen des nph i.H.v. 25.000,00 DM gegenüber, so dass ein **Defizit** i.H.v. **6.287,61 DM** verbleibt, das von der Stadt Brakel zu tragen ist.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

Spieker
(Bürgermeister)

Kröger
(Schriftführerin)